



1. Wir fordern: Stationäre Pflege muss bezahlbar sein.

Wie hoch ist der Eigenanteil in den Pflegeheimen bei Ihnen im Wahlkreis?

In einem **durchschnittlichen Pflegeheim in Ettlingen** zahlen pflegebedürftige Personen derzeit je nach Pflegegrad **zwischen 3.230 und 3.570 Euro im Monat**. Das ist deutlich zu viel.

In **ganz Baden-Württemberg tragen pflegebedürftige Menschen derzeit sogar bundesweit die höchsten Mehrkosten** im ersten Jahr im Pflegeheim mit durchschnittlich 3.400 Euro monatlich. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer sinkt die Eigenbeteiligung zwar, bleibt aber deutlich erhöht: auf 3.074 Euro nach einem Jahr, 2.640 Euro nach zwei Jahren und 2.098 Euro nach über drei Jahren.

Für uns Grüne ist klar, dass das nicht sein kann. Die **Inanspruchnahme von Pflegeleistungen darf nicht zur Armutsfalle werden**. Deshalb fordern wir (auch durch Bundesratsinitiativen) die **Weiterentwicklung der sozialen Pflegeversicherung in Richtung des sogenannten Sockel-Spitz-Tauschs** auf Bundesebene.

Bisher ist es so, dass die Versicherung bis zu einem gedeckelten Betrag die Kosten übernehmen, alle darüber hinauschießenden Kosten müssen die Pflegebedürftigen tragen. Wir wollen das Prinzip umkehren. Der Betrag der Pflegebedürftigen wird gedeckelt und alle darüber hinauschießenden Kosten werden von den Pflegekassen getragen.

Das schafft finanzielle Entlastung und Planungssicherheit. **Der Eigenanteil wird kalkulierbar, kann so abgesichert werden und mindert damit das Risiko der Altersarmut.**

2. Wir fordern das Pflege-Gehalt für die Pflege zu Hause.

Wie viele Menschen pflegen in Ihrem Wahlkreis Ihre Angehörigen zuhause?

Laut der Pflegestatistik von 2023 des Statistischen Landesamtes wurden im Landkreis Karlsruhe Land, der den Wahlkreis Ettlingen umfasst, zu diesem Zeitpunkt (aktuelle verfügbare Daten) rund 16.100 Personen durch Angehörige im häuslichen Umfeld versorgt.

Fünf von sechs Pflegebedürftigen werden schätzungsweise zuhause von ihren Angehörigen gepflegt – also über 80 %. Die Angehörigen leisten so mit Abstand die höchste Pflegedienstleistung bundesweit. Und: Über 70% der pflegenden Angehörigen sind Frauen.

Das führt unweigerlich dazu, dass dadurch ein erhebliches Ungleichgewicht im Gehalt von Frauen und Männern entsteht – denn während diese arbeiten gehen, erhalten Frauen während der Pflege der Angehörigen nur einen Bruchteil des Geldes, das sie auf dem Arbeitsmarkt in der selben Zeit erwirtschaften könnten. Häufig müssen sie die Erwerbsarbeit reduzieren, zahlen weniger in Sozial- und Rentenkassen ein, was das Armutsrisiko erhöht.

Das muss sich ändern! Wir setzen daher auf eine bundesweite Stärkung der Pflegeversicherung und Entlastungsleistungen. Im Land fördern wir Entlastungsangebote über die reformierte Unterstützungsangebote-Verordnung (UstA-VO), die den Entlastungsbetrag der Pflegeversicherung (131



Euro monatlich) für ehrenamtliche Helfer aus Nachbarschaft oder Bekanntenkreis einsetzbar macht – bürokratiearm und ohne Pflichtschulung.

Mein Ziel ist es, die Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Pflege eines Angehörigen zu verbessern. Im Bund setzen wir Grüne uns deshalb für eine finanzielle Absicherung für pflegende Angehörige ein, die ihre Arbeitszeit für die Pflege reduzieren müssen. Diese Unterstützung soll ähnlich wie beim Elterngeld wirken, also ein Lohnersatz sein, wenn Angehörige wegen Pflege weniger arbeiten oder aus dem Beruf aussteigen oder ihre Arbeitszeit reduzieren müssen.

3. Wir fordern den Ausbau der Pflegeinfrastruktur und ein regionales Pflegebudget. Wie lange sind die Wartelisten für Einrichtungen der Vollstationären Pflege und der Teilzeitpflege bei Ihnen im Wahlkreis?

Auch im Wahlkreis Ettlingen warten Pflegebedürftige **viele Monate auf einen Platz in Pflegeeinrichtungen**. Ein **unglaublich schwieriger Umstand** für die Pflegebedürftigen – und ihre Angehörigen.

Ich will deshalb die **Pflegeinfrastruktur im Wahlkreis gezielt stärken**. Dazu gehört für mich, mehr **Kurzzeit-, Tages- und ambulante Angebote auszubauen**, damit Menschen möglichst lange zu Hause bleiben können und Angehörige entlastet werden. Gleichzeitig unterstütze ich **regionale Pflegebudgets und stärkere kommunale Pflegeplanung**, damit Angebote dort entstehen, wo sie wirklich gebraucht werden.

Außerdem will ich **neue Wohn- und Pflegeformen fördern**, etwa gemeinschaftliche Wohnmodelle oder quartiersnahe Versorgung. Pflege darf nicht am Zufall freier Plätze scheitern. Mein Ziel ist eine Versorgung, die planbar, erreichbar und wohnortnah ist.

4. Wir fordern die Sicherstellung der medizinischen Versorgung: flächendeckend, qualitativ hochwertig und für alle Menschen zugänglich. Sind die Menschen in Ihrem Wahlkreis gut mit Hausärztinnen und Hausärzten versorgt? Oder besteht eine Unterversorgung?

Viele Menschen im Wahlkreis Ettlingen haben **große Probleme einen Hausarzt zu finden** – gerade, wenn sie neu hergezogen sind und nicht über gute Kontakte verfügen.

Ich finde: Das darf nicht sein. **Eine gute medizinische Versorgung darf nicht davon abhängen, wo man lebt oder wie gut man die Tante des einzig verbliebenen Hausarztes kennt, damit diese ein gutes Wort für den Platz einlegt.**

Im Wahlkreis Ettlingen erleben viele Menschen auch bereits, dass **Facharzttermine schwieriger zu bekommen sind**. Besonders die **Schließung der Notfallpraxis in Ettlingen** hat gezeigt, wie verletzlich die Versorgung geworden ist und wie stark sie den Alltag von Patientinnen und Patienten beeinflusst.

Ich will die hausärztliche Versorgung deshalb gezielt stärken. Dazu gehören für **mich mehr Ausbildungs- und Förderprogramme für Allgemeinmedizin, zusätzliche Lehrpraxen im ländlichen Raum und bessere finanzielle Anreize für Praxisgründungen** oder -übernahmen. Programme wie der Landarzt-Track zeigen, dass frühe Bindung an Region und Beruf funktioniert – solche Modelle will ich weiter ausbauen.

Außerdem setze ich mich für einen **kommunalen Ärztfonds** ein, mit dem Praxisniederlassungen unbürokratisch unterstützt werden können. Auch **Quereinsteigerprogramme** können helfen, Versorgungslücken schneller zu schließen.



Mein Ziel ist klar: **Menschen müssen wohnortnah und zuverlässig medizinisch versorgt werden – gerade auch abends, am Wochenende und im Notfall.**

5. Wir fordern die Barrierefreiheit aller Einrichtungen im Gesundheitswesen.

Wie viele Arzt- und Zahnarztpraxen in Ihrem Wahlkreis sind nicht barrierefrei?

Die Stiftung Gesundheit geht davon aus, dass im Jahr 2023 in ganz Baden-Württemberg gerade einmal 54,7% der ambulanten Praxen irgendeine Vorkehrung im Bereich Barrierefreiheit vorweisen konnten. Im bundesweiten Schnitt ist die Situation noch deutlich schlechter einzuschätzen.

Für viele Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen sind Arztbesuche daher noch immer mit Hürden verbunden – sei es, weil sie Praxen schlicht nicht betreten können – oder das Angebot etwa ohne Übersetzung in leichte Sprache schlicht nicht verstehen.

Menschen mit psychischen Erkrankungen haben darüber hinaus oft andere Bedürfnisse an die Praxiskommunikation – ihnen fällt etwa das Buchen von Online-Terminen ohne telefonischen Kontakt deutlich leichter. Auch das ist aber noch immer die Ausnahme.

Ich will deshalb Barrierefreiheit als festen Bestandteil der Gesundheitspolitik stärken. Versorgung darf nicht nur danach beurteilt werden, ob Praxen überhaupt vorhanden sind, sondern auch danach, ob sie für alle Menschen erreichbar, nutzbar sind. Barrierefreie Praxen müssen bei Neugründungen und Nachfolgeregelungen stärker berücksichtigt werden.

Programme wie Strukturfonds oder Beratungsangebote zum Abbau baulicher Barrieren sind wichtige Ansätze, die weiter ausgebaut werden müssen.

Mein Ziel ist eine medizinische Versorgung, die wirklich für alle erreichbar ist – unabhängig von körperlichen Einschränkungen oder Unterstützungsbedarf.



6. Rente und Wohnen: Wir fordern die armutssichere Altersrente und die Stabilisierung des Rentenniveaus.

Wie viele Personen in Ihrem Wahlkreis beziehen Grundsicherung im Alter? Wie viele davon sind Frauen und wie viele Männer?

Altersarmut nimmt zu – und Frauen sind besonders häufig betroffen, weil sie öfter in Teilzeit gearbeitet oder Pflegearbeit übernommen haben.

Im Landkreis Karlsruhe Land, der den Landtagswahlkreis Ettlingen umfasst, haben laut Statistischem Bundesamt **im Dezember 2024 rund 3.540 Menschen** Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhalten. **1.695 Personen davon waren Männer. 1850 Personen Frauen.** Im Jahr 2020 waren das es insgesamt gerade einmal rund 2.600 Personen.

Mir macht dieser Anstieg Sorge. Für mich ist daher entscheidend, Altersarmut **strukturell zu bekämpfen**. **Gute Löhne**, sichere Beschäftigung und gleiche Bezahlung sind die Grundlage für stabile Renten. Ebenso wichtig ist eine **bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf**, damit Erwerbsbiografien nicht unterbrochen werden müssen.

Langfristig will ich die **gesetzliche Rentenversicherung stabilisieren**, indem **mehr Berufsgruppen einbezogen werden**. Wenn alle fair einzahlen, **stärkt das die Finanzierung der Rente und entlastet vor allem Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen**.

Mein Ziel ist eine Rente, die ein würdevolles Leben im Alter ermöglicht – ohne Angst vor Armut.

7. Wir fordern bezahlbaren Wohnraum durch die Erhöhung der Landesmittel für sozialen Wohnungsbau.

Wie viele Sozialwohnungen gibt es bei Ihnen im Wahlkreis je Einwohnende? Wie setzen Sie sich für höhere Fördergelder für sozialen Wohnungsbau ein?

Der Gesamtbestand geförderter sozialer Mietwohnraums **beläuft sich im Wahlkreis Ettlingen auf rund 160 Wohnungen**. Das zeigt deutlich, **wie groß der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum inzwischen ist** – besonders in wachsenden Regionen wie unserer.

Eine bezahlbare und zu den eigenen Bedürfnissen passende Wohnung ist das **Fundament für ein gutes Leben**. Es darf nicht sein, dass immer mehr Menschen 30 Prozent oder mehr ihres Nettoeinkommens für das Wohnen aufwenden müssen, oder sie jeder Umzug vor große Herausforderungen stellt.

Mein Ziel ist: **Wohnraum, der zum individuellen Geldbeutel und individuellen Bedürfnissen passt**, der dort verfügbar ist, wo das Leben einen hinführt und wo eine Nachbarschaft und ein Quartier existiert, das Begegnung, Arbeit, Anbindung, Infrastruktur und Erholung bringt.

Mir ist wichtig, dass **dauerhaft bezahlbare Wohnungen entstehen** – für Familien, Seniorinnen und Senioren, Auszubildende und Menschen mit geringem Einkommen. Wohnen ist die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und soziale Sicherheit.



8. Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Wir fordern die strukturelle und wirksame Bekämpfung von Einsamkeit.

Welche Projekte gegen Einsamkeit gibt es bei Ihnen im Kreis? Wird die Ehrenamtskarte bei Ihnen schon umgesetzt?

Einsamkeit betrifft viele Menschen – ältere Menschen, pflegende Angehörige, Alleinerziehende, aber auch junge Menschen. Studien zeigen, dass sich in Baden-Württemberg fast jede dritte Person zeitweise einsam fühlt. Einsamkeit ist deshalb nicht nur ein persönliches, sondern **auch ein gesundheitliches und gesellschaftliches Thema.**

Begegnungsorte, Mehrgenerationentreffs, Nachbarschaftshilfen und gemeinschaftliche Wohnformen können helfen, soziale Kontakte zu stärken und Isolation zu vermeiden. **Diese Strukturen will ich im Wahlkreis und im Land ausbauen.**

Einsamkeit hat oft auch Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass Beratungsangebote und psychotherapeutische Versorgung besser erreichbar werden – und endlich **mehr psychotherapeutische Kassensitze zur Verfügung stehen.** Gerade niedrigschwellige Beratungsstellen und Präventionsangebote sind wichtig, damit Menschen früh Unterstützung bekommen.

Große Bedeutung hat auch das Ehrenamt. Die Ehrenamtskarte wird bereits in Karlsruhe umgesetzt und würdigt freiwilliges Engagement. Ich möchte, dass möglichst viele Kommunen davon profitieren, denn Ehrenamt schafft Begegnung und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. **Auch mein Wahlkreis sollte diese Möglichkeit erhalten.**

Mein Ziel ist eine Gesellschaft, in der niemand dauerhaft allein bleibt – mit starken sozialen Netzwerken, guter Beratung und erreichbarer Unterstützung.

9. Wir fordern: Populismus mit Fakten bekämpfen – Demokratie und Frieden erhalten. Nehmen Sie in unserer Gesellschaft und auch bei Ihnen vor Ort verstärkt Hetze, Falschinformationen und ein Ausspielen verschiedener Personengruppen gegeneinander wahr? Und wenn ja, wie?

Ja, diese Entwicklung nehme ich **leider auch vor Ort wahr.** Diskussionen werden häufiger emotional und zugespitzt geführt, gerade in sozialen Medien verbreiten sich Falschinformationen sehr schnell. Oft werden **gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausgespielt** – etwa Jung gegen Alt, Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte oder Erwerbstätige gegen Sozialleistungsbeziehende.

Das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für mich ist wichtig, solchen Entwicklungen mit Fakten, Dialog und klarer Haltung zu begegnen. Demokratie lebt davon, dass wir **unterschiedliche Meinungen respektvoll diskutieren.** Gleichzeitig müssen **Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konsequent bekämpft werden.** Ein friedliches Zusammenleben funktioniert nur, wenn Menschen sich sicher fühlen und Vertrauen in den Rechtsstaat haben.

Deshalb setze ich mich auch für die Prüfung eines AfD-Verbotsverfahrens ein.

10. Wir fordern die Einführung der Bürgerversicherung in Pflege, Gesundheit und Rente. Würden Sie selbst in die gesetzliche Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung wechseln, wenn das möglich wäre?



Ja. Ich halte die Bürgerversicherung für einen **wichtigen Schritt zu mehr Fairness und Stabilität** im Sozialversicherungssystem. Wenn alle Menschen – unabhängig vom Beruf – in die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung einzahlen, **wird die Finanzierung breiter aufgestellt und gerechter verteilt.**

Leider gab es dafür bisher keine politische Mehrheit im Bund. Trotzdem bleibe ich überzeugt, dass eine Bürgerversicherung langfristig notwendig ist, um Versorgung und soziale Sicherheit für alle Generationen verlässlich zu sichern.